

# Griechenland – Deutschland: Wer schuldet wem?

Wenn wir einen Vergleich zwischen der Behandlung wagen, die Griechenland heute erleidet und die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zuteil wurde, treten die Unterschiede und die Ungerechtigkeit frappierend zutage. Hier eine nicht erschöpfende Liste in elf Punkten:

**1.** Der Schuldenerlass, der Griechenland im März 2012 zuteil wurde, war im Verhältnis unendlich viel kleiner als der, der Deutschland gewährt worden war;

**2.** Die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, die mit diesem Plan einhergehen (und denen davor), fördern in keinsten Weise einen Wiederaufschwung der griechischen Wirtschaft, während sie wesentlich zum Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft beigetragen haben;

**3.** Von Griechenland werden Privatisierungen vor allem zugunsten der ausländischen Investoren verlangt, während Deutschland ermuntert wurde, die eigene Kontrolle über strategische Wirtschaftssektoren zu verstärken und der öffentliche Sektor einen starken Aufschwung nahm;

**4.** Die bilateralen Schulden Griechenlands (gegenüber den Staaten, die sich am Plan der Troika beteiligt haben) wurden nicht herabgesetzt (nur seine Schulden gegenüber den privaten Banken), während die bilateralen Schulden Deutschlands (angefangen bei denen, die das sog. Dritte Reich den von ihm überfallenen, besetzten oder annektierten Ländern aufgezwungen hatte) um über 60% reduziert wurden;

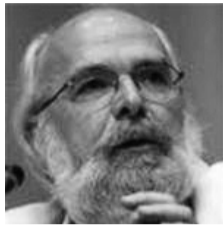
**5.** Griechenland muss in Euro zahlen und hat ein Handelsbilanzdefizit (also einen Mangel an Euro) gegenüber seinen europäischen Partner (vor allem Deutschland und Frankreich), während Deutschland den Hauptteil seiner Schulden in DM zahlen konnte, die damals stark abgewertet war;

**6.** Die griechische Zentralbank darf der griechischen Regierung kein Geld leihen, während die Bundesbank der Bundesregierung Geld geliehen hat und die Notenpresse (wenn auch moderat) betätigt hat;

**7.** Deutschland wurde erlaubt, nicht mehr als 5 Prozent seiner Exporterlöse in den Schuldendienst zu stecken, während es für Griechenland diesbezüglich keine Obergrenze gibt.

**8.** Gerichtsstand für die neuen griechischen Schuldentitel (gegenüber den Banken), die die alten ersetzen, ist nicht mehr Griechenland, sondern Luxemburg und das Vereinigte Königreich; von diesen weiß man, wie sehr sie sich auf die Seite der privaten Gläubiger stellen; für die deutschen Schulden hingegen waren deutsche Gerichte zuständig (also die Gerichte einer ehemals aggressiven Militärmacht).

**9.** In Sachen Rückzahlung der Auslandsschuld konnten die deutschen Gerichte sich weigern, Urteile ausländischer Gerichte oder von Schiedsgerichten vollstrecken zu lassen, wenn dies die öffentliche Ordnung störte. In Griechenland lehnte es die Troika natürlich ab, dass dortige Gerichte die Störung der öffentlichen Ordnung als Argument für eine Aussetzung der Schuldzahlung anrufen können. Die enormen sozialen Proteste und der Aufstieg der neonazistischen Kräfte sind aber direkte Folge der von der Troika und vom Zwang zur Schuldzahlung diktierten Maßnahmen. Trotz der



Seit 2010 rühmen sich die stärksten Länder der Eurozone, die Mehrzahl ihrer politischen Führer, unterstützt von den herrschenden Medien, ihrer angeblichen Großzügigkeit gegenüber der griechischen Bevölkerung und der anderer geschwächten Länder der Eurozone Sie bezeichnen als „Rettungsplan“ Maßnahmenpakete, die die Empfängerländer noch tiefer in die Krise treiben und eine soziale Regression beinhalten, wie es sie in den letzten 65 Jahren in Europa nicht mehr gegeben hat.

Von Eric Toussaint



zu erwartenden Proteste aus Brüssel, vom IWF und von den „Finanzmärkten“ könnte der griechische Staat sich ohne weiteres auf den Notstand und auf die Störung der öffentlichen Ordnung berufen, um die Schuldzahlung auszusetzen und die unsozialen Maßnahmen der Troika abzuschaffen.

**10.** Deutschland hatte die Möglichkeit, die Zahlungen auszusetzen und die Zahlungsbedingungen neu zu verhandeln, wenn substantielle Veränderungen die Verfügbarkeit seiner Ressourcen einschränkten. Für Griechenland ist nichts dergleichen vorgesehen.

**11.** Im Londoner Abkommen ist ausdrücklich vorgesehen, dass Deutschland selbst herstellen konnte, was es zuvor importiert hatte, um einen Exportüberschuss zu erreichen und die lokale Produktion zu stärken. Der Grundgedanke der Abkommen, die Griechenland aufgezwungen wurden, und die Regeln der EU verbieten der griechischen Regierung jedoch, seine lokalen Produzenten zu helfen, zu subventionieren und vor der Konkurrenz anderer EU-Staaten (die Haupthandelspartner Griechenlands) zu schützen, sei es in der Landwirtschaft, der Industrie oder im Dienstleistungsgewerbe. Man könnte hinzufügen, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg in bedeutendem Umfang Hilfen erhalten hat, vor allem aus dem Marshallplan.

Man versteht also, warum sich Alexis Tsipras, der Sprecher von Syriza, auf das Londoner Abkommen bezieht, wenn er sich an die europäische Öffentlichkeit wendet. Die ungerechte Behandlung, die das griechische Volk erleidet (wie auch die anderen Völker, deren Regierungen den Rezepten der Troika folgen), muss das Gewissen der öffentlichen Meinung wachrütteln.

Aber hegen wir keine Illusionen: Die Gründe, warum die Westmächte Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Samthandschuhen angefasst haben, fallen bei Griechenland nicht ins Gewicht. Für eine wirkliche Lösung des Schulden- und Sparramas wird es noch machtvolle soziale Mobilisierungen in Griechenland und im Rest der EU brauchen und eine neue Regierung in Athen, die wirklich den Volkswillen zum Ausdruck bringt.

Es wird einen einseitigen Akt des Ungehorsams seitens der Athener Regierung brauchen (unterstützt von der Bevölkerung), wie die Aussetzung der Schuldzahlung und die Abschaffung der unsozialen Maßnahmen, um die Gläubiger zu bedeutenden Zugeständnissen zu zwingen und die Streichung der illegitimen Schulden durchzusetzen. Eine öffentliche Anhörung über die Schulden unter Beteiligung der Bevölkerung sollte das Terrain dafür vorbereiten.

*Eric Toussaint ist Vorsitzender des Netzwerks für einen Schuldenerlass in der Dritten Welt CADTM Belgien. <http://cadtm.org/Grece-Allemagne-qui-doit-a-qui-1-L> Text stark gekürzt. Übersetzung: Angela Klein*

## Handfeste Solidarität - Nachlese zu Firenze 10+10

Von Michael Aggelidis

Dreitausend waren angemeldet zu »Firenze 10+10«, viertausend waren schließlich am vergangenen Wochenende ins italienische Florenz zu diesem europaweiten Treffen in der Tradition der Sozialforumsbewegung gekommen. Im Unterschied zu den früheren Sozialforen waren Vertreterinnen und Vertreter linker Parteien durchaus erwünscht, und ich war für Die Linke Nordrhein-Westfalen da.

Neben inhaltlichen Diskussionen ging es um praktische Initiativen und Mobilisierungsvorhaben vom Streik- und Aktionstag des 14. November bis zum »altersummit«, der im kommenden Juni in Athen stattfinden soll. Der Sprecher der CGIL, des größten italienischen Gewerkschaftsdachverbands, nahm den DGB in Schutz. Es gebe nun einmal unterschiedliche Gesetze in den verschiedenen Ländern, spielte er auf das Verbot politischer Streiks in Deutschland an. Tatsache bleibt, daß der DGB die südeuropäischen Gewerkschaften am gestrigen Tag faktisch im Stich gelassen hat. Der gleichzeitige Proteststreik in mehreren Ländern gegen den Fiskalpakt und die brutale antisoziale Politik der EU und ihrer Troika ist durchaus eine neue Qualität. Aber nur, wenn er als Anlauf zur Steigerung dieser Art von gemeinsamen internationalen Aktionen genutzt wird.

Die Lage in Griechenland spitzt sich immer mehr zu. Zahlreiche

Gespräche mit griechischen Genossinnen und Genossen von SYRIZA und ihrem linken Flügel haben das klar gemacht. Zwar würde SYRIZA nach neuen Umfragen die Wahlen gewinnen. Aber die Naxipartei der »Goldenen Morgenröte« erstarbt immer mehr und hat mit dem Terror gegen Migrantinnen und Migranten, gegen mißliebige Minderheiten und Linke begonnen. Sie ist entschlossen, die Arbeiterbewegung insgesamt zu zerschlagen. Weder SYRIZA noch die anderen linken Parteien scheinen bislang politisch und physisch darauf vorbereitet zu sein.

In einem der Workshops, an denen ich in Florenz teilgenommen hatte, ging es um praktische Solidarität, Selbsthilfe und Selbstorganisation in Griechenland und um die Bedeutung der internationalen Solidarität. Genossen der SYRIZA-Führung und andere werben nicht für karitative, aber doch für handfeste materielle Hilfe zum Beispiel durch die Beschaffung von Medikamenten, die bitter fehlen. Aber auch der Aufbau einer schlagkräftigen internationalen antifaschistischen Bewegung ist bitter nötig.

*Michael Aggelidis (Die Linke) war von 2010 bis 2012 Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen (geringfügig gekürzt aus: junge Welt 15.11.2012)*

# Merkelistes und Menetekel

Von Theodoros Paraskevopoulos

Jeder, der im letzten Juni den Wahlkampf verfolgt hat, musste den Eindruck gewinnen, dass es in Griechenland keine politische Partei gibt, die mit den Auflagen der Kreditgeber – der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des internationalen Währungsfonds – einverstanden war oder sie einhalten wollte. Vor allem die drei Parteien, die danach die Regierungskoalition bildeten, die konservative Nea Demokratia (ND), die sozialistische PASOK und die Demokratische Linke (DIMAR), beteuerten in allen Tonlagen, dass sie diese Auflagen, die im Memorandum of Understanding zusammengefasst sind, neu verhandeln wollten, denn, so der Tenor, die Auflagen seien ungerecht und ineffektiv, da sie die Wirtschaft weiter in die Rezession trieben.



hauptsächlich auf die drastische Verminderung der Binnennachfrage infolge der Lohn- und Rentenkürzungen zurückzuführen ist. Festzuhalten bleibt: Das Programm, das die Dreierkoalition jetzt durchzieht, ist Punkt für Punkt das Gegenteil des Koalitionsabkommens und der Programme, die die drei Parteien im Wahlkampf vorgelegt hatten.

## Privat vor Staat

Generell wird die tatsächlich existierende Ineffektivität des griechischen Staatsapparats mit einer Schrumpfkur beantwortet, die dem neoliberalen Dogma folgt: „Privat ist immer besser!“ Darüber hinaus wird über eine Reorganisierung der Verwaltungsstruktur gesprochen, die aber, nach allem was darüber bekannt ist, lediglich auf eine strengere Hierarchie und die Einengung des Mitspracherechts der Beamten hinausläuft. Das Bestreben, die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst insgesamt zu verkleinern, stößt auf die verfassungsmäßig garantierte Unkündbarkeit der Beamten, aber auch, wie

mern, denn sie werden zu einer weiteren Minderung der Wirtschaftsleistung und zu großen Ausfällen bei den Steuereinnahmen und den Einnahmen der Sozialversicherungsträger führen.

## Kahlschlag im Arbeitsrecht

Die Vorgaben der Troika sehen darüber hinaus drastische Veränderungen im Arbeitsrecht vor. Die Autonomie der Tarifverträge wird weiter eingeschränkt und die Regierung erhält das Recht, deren Gültigkeit auszusetzen. Erklärtes Ziel ist, tarifvertraglich geregelte Löhne durch Individualverträge weitgehend zu ersetzen. Vor allem diese Pläne haben die Dreierkoalition in eine Krise gestürzt. Der kleinste Koalitionspartner, die Demokratische Linke, erklärte, dass er die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Parlament ablehnen würde, unter anderem mit der – absolut richtigen – Begründung, dass sie in keinem Zusammenhang mit den Staatsfinanzen stünden. Das ist insofern scheinheilig, als die Partei zugleich erklärte, dass sie in der Regierung, die diese Maßnahmen doch umsetzen wird, bleiben und diese „unter keinen Umständen“ stürzen wolle.

Die Koalition hat auch ohne die Demokratische Linke eine Mehrheit von 166 der insgesamt 300 Abgeordneten; aber die mitregierenden Sozialisten wollen natürlich nicht allein mit den Konservativen ein arbeiterfeindliches Gesetz absegnen. Hinzu kommt, dass der Druck der Wähler sogar konservative Abgeordnete dazu brachte, die am 7. November zur Abstimmung stehende Vorlage abzulehnen oder sich zumindest zu enthalten.

## Alternative: Neuwahlen

Schließlich wurde das Kürzungspaket jedoch mit einer sehr knappen Mehrheit von 153 Stimmen vom Parlament gebilligt, während auf dem Platz der Verfassung (Syntagma) vor dem Parlamentsgebäude in Athen eine große Kundgebung den Rücktritt der Regierung forderte. „Neuwahlen sind die einzige Alternative“, sagte der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, SYRIZA. Das Ergebnis der Abstimmung hat gezeigt, wo die Grenze der Kürzungsmaßnahmen liegt und vor allem, welche Auswirkungen eine Massenbewegung haben kann. Denn solche Massenbewegungen brachten schon die Regierung Papandreu und die „Technokraten“-Regierung des Bankiers Papademos zu Fall; damals gab es Reservelösungen, aber er Vorrat an willigem politischen Personal geht zur Neige; vor allem aber scheinen die BürgerInnen nicht mehr bereit, auf einen einfachen Personalwechsel zu vertrauen.

Theodoros Paraskevopoulos ist Wirtschaftswissenschaftler und Berater der Parlamentsfraktion von Syriza; er lebt in Athen.

Der Text ist entnommen aus: *express* 10-11/2012, <http://www.labournet.de/express/> stark gekürzt und mit Zwischenüberschriften und einem Foto versehen.

Eine Annullierung dieses Memorandums lehnten sie allerdings ab, weil dies, so meinten sie, den sofortigen Austritt des Landes aus der Eurozone nach sich ziehen würde: Die Gläubiger würden eine Annullierung nicht akzeptieren, die Finanzierung einstellen, Griechenland würde „pleite gehen“ und, je nach Sprecher, entweder aus der Eurozone geworfen oder gezwungenermaßen austreten, um eigenes Geld zu drucken. Dabei verwischten sie den Unterschied zwischen dem Memorandum, mit dem sich Griechenland zu bestimmten finanz-, wirtschafts-, sozial- und arbeitspolitischen Maßnahmen verpflichtet, was einen Eingriff in das innere Recht und

„Ihr seid keine Europäer, sondern Merkelistes!“

Tsipras zur Inlandstroika

damit in die Souveränität Griechenlands, d.h. die Volkssouveränität in diesem Teil Europas darstellt, und dem Darlehensabkommen selbst, das die Ein- und Rückzahlungsmodalitäten beinhaltet.

Eine Neuverhandlung hat es nie gegeben; was die Regierung, oder die Inlandtroika, wie man die Koalition in Griechenland nennt, unter Verhandlung versteht, ist vielmehr ein Feilschen mit den Abgesandten der Gläubiger darüber, wie die Ziele des Memorandums effektiver und mit geringerem Widerstand erreicht werden können. Die Frage des geringeren Widerstandes ist für die bürgerlichen Parteien in Griechenland natürlich von zentraler Bedeutung, dann davon hängt auch ihr politisches Überleben ab.

## Desinteresse an Einnahmen

Merkwürdigerweise wird bei dem Sanierungsvorhaben die Einnahmeseite wenig beachtet und auch von den Gläubigern nicht eingeklagt. Im Gegenteil: Im Zuge der Verkleinerung des Staatsapparats wird auch die Anzahl der Beschäftigten bei den Steuerbehörden vermindert. Griechenland hat heute im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl zwei Drittel weniger Finanzbeamte als Frankreich. Das hat katastrophale Auswirkungen für die Staatseinnahmen – abgesehen natürlich vom Einbruch der Wirtschaftsleistung, der

der Innenminister selbst zugab, auf die Mindestanforderungen für das Funktionieren der Staatsverwaltung und der öffentlichen Dienste. Griechenland verfügt über alles andere als einen aufgeblähten öffentlichen Dienst; es hat zusammen mit Portugal die niedrigste Quote der Staatsbediensteten in der Eurozone.

## Die Folgen des Sparpaketes

Diese Roskur führt in Griechenland zum Zusammenbruch des Bildungs- und Gesundheitswesens: Die Krankenhäuser klagen über fehlende Medikamente und über große Schwierigkeiten, den Krankenhausnotdienst aufrechtzuerhalten. Der Lehrbetrieb in den Universitäten wird fast lahmgelegt, weil Planstellen unbesetzt bleiben und befristete Lehrverträge nicht verlängert werden. Die Kommunen werden im kommenden Winter die Schulen weder heizen noch reinigen können und die Zusammenlegung von Schulen, um Lehrkräfte zu sparen, wird die Anzahl der SchülerInnen in den Klassen vergrößern.

Die neuen Sparmaßnahmen, die eine Verminderung der Staatsausgaben um über neun Milliarden Euro vorsehen – hauptsächlich Gehalts- und Rentenkürzungen – werden diese Situation ohne Aussicht auf eine Sanierung der Staatsfinanzen verschlim-

## INFO-Tipps:

### Broschüre



Info & Bezug unter:  
<http://www.rosalux.de/publication/38265/schummel-griechen-machen-unseren-euro-kaputt.html>

### Buch



Info & Bezug unter:  
<http://www.neuerisipverlag.de>

»Die endlich entdeckte politische Form ist das aktuell reichhaltigste und umfassendste Werk zu Arbeiterkontrolle und Selbstverwaltung. Es bietet eine grundlegende Darstellung von Arbeiterbewegungen im Verlauf von Aufständen, direkter Aktion und Fabrikbesetzungen unter einer Bandbreite verschiedener Gesellschaftssysteme mit weltweiten Beispielen für Arbeiter im Kampf um Gerechtigkeit und Macht, von der Pariser Kommune bis zur Gegenwart.«

Gary Younge, Kolumnist, *The Guardian*

### web-links



[www.jungewelt.de/](http://www.jungewelt.de/)  
[www.labournet.de/express/](http://www.labournet.de/express/)  
[www.azzellini.net](http://www.azzellini.net)

**isl**  
internationale sozialistische linke

Ortsgruppe Düsseldorf  
Kontakt: [duesseldorf@islinke.de](mailto:duesseldorf@islinke.de)  
[www.islinke.de](http://www.islinke.de)

**SoZ Sozialistische Zeitung**  
Die SoZ bringt jeden Monat Berichte und Analysen zum täglichen kapitalistischen Irrsinn und steht für eine demokratische sozialistische Alternative  
**Kostenlose Probeausgaben bestellen!**  
Bestellung an: SoZ-Verlag, Regentenstr. 57-59, 51063 Köln  
Fon (02 21) 9 23 11 96 · [redaktion@soz-verlag.de](mailto:redaktion@soz-verlag.de) · [www.sozonline.de](http://www.sozonline.de)